

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV

Bern, 19.11.2019/TH
VL Verschärfung Artenschutz

Per Mail an vernehmlassungen@blv.admin.ch

**Änderung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten (BGCITES)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen unterstützt die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten. Diese Änderung stärkt den Schutz der internationalen ökologischen Vielfalt und entspricht der Stellung der Schweiz als verlässlicher Partner.

Die weltweit schwindende Artenvielfalt ist eine bedeutende Herausforderung und es gilt, dieser wirksam entgegenzutreten. Die FDP unterstützt den Schutz der Biodiversität, um künftigen Generationen eine gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlage zu überlassen. Dazu braucht es ein national und international entschlossenes Vorgehen für den Artenschutz.

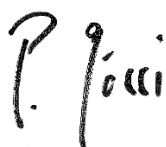
Der Handel mit bedrohten Arten ist in der Schweiz gegenwärtig wenig ausgeprägt. Da jedoch zahlreiche europäische Länder vergleichsweise strengere Sanktionsmassnahmen eingeführt haben, besteht das Risiko, dass die Schweiz als Transitland für den illegalen Handel attraktiver wird. Aus Sicht der FDP ist es effizienter, die Sanktionen heute zu verschärfen und diesem Anreiz proaktiv entgegenzuwirken, als zukünftig umfangreiche Kontrollmechanismen einführen zu müssen. Die Vorlage führt bei Bund, Kantonen und Gemeinden zu keiner Aufgabenintensivierung.

Die vorgeschlagenen Neuregelungen und die Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen stehen im Einklang mit der UNO Resolution 69/314 aus dem Jahr 2015, welche die Mitgliedstaaten auffordert, den illegalen Handel mit geschützten Tieren strenger zu verfolgen. Die Schweiz gehört zudem zu den Erstunterzeichnenden des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) und erfüllt darin als Depositar- und Sitzstaat eine wichtige Rolle. Die strengere Bestrafung von illegalem Tier- und Pflanzenhandel entspricht daher dem internationalen Engagement der Schweiz.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin



Samuel Lanz